

// BESCHLUSS //

aus der 20. Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 13.07.2023

öffentlicher Sitzungsteil

**7. FA/2023-488 Gemeinsamer Antrag von CDU, SPD, WsR, FDP und Bündnis
90/Die Grünen: Rechtsbeistand für den Akteneinsichtsausschuss**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der bezüglich außertariflicher Zahlungen und Zulagen an Mitarbeiter sowie Höhergruppierungen gebildete Akteneinsichtsausschuss erhält zu seiner Beratung und Vertretung einen Rechtsbeistand.
2. Der Akteneinsichtsausschuss wird beauftragt und bevollmächtigt eine Fachkanzlei seiner Wahl zu beauftragen, wobei der Stundensatz bei einer Vergütung nach Zeitaufwand 300,-€ netto (ohne Auslagen und Mehrwertsteuer) nicht überschreiten darf.

Abstimmungsergebnis:

30 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)